

Volksabstimmung 18. Mai 2014:

## «Eine komplette Irreführung der Bevölkerung» - Nein zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung

*Interview mit Frau Dr. med. Susanne Lippmann-Rieder, Fachärztin Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Nein-Komitee zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung*

*Zeit-Fragen: Frau Dr. Lippmann, Sie sind Mitglied des Nein-Komitees zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung und kritisieren den am 18. Mai zur Abstimmung kommenden „Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung“. Warum sind Sie dagegen?*

Frau Dr. Lippmann: Als Erstes, so ein Artikel gehört nicht in die Bundesverfassung. Der hat dort nichts zu suchen.

*Warum?*

Er ist eine komplette Irreführung der Bevölkerung, weil er etwas völlig anderes beinhaltet, als das, was der Stimmbürger darunter versteht.

*Könnten Sie das bitte etwas genauer erläutern?*

Die 200 000 Stimmbürger, welche die Hausarztinitiative unterschrieben haben, haben das gemacht, weil sie sich die weitere Versorgung durch ihren Hausarzt sichern wollten. Die Bevölkerung ist sehr zufrieden mit dem Gesundheitssystem, wie es ist, und es ist eine Gemeinheit, dass mit dem geplanten Verfassungsartikel „medizinische Grundversorgung“ etwas ganz anderes beabsichtigt ist.

*Was ist denn beabsichtigt?*

Zum Beispiel steht im Papier der „Themengruppe Interprofessionalität“ des BAG (Bundesamt für Gesundheit), dass, wenn jemand krank ist und zum Arzt gehen will, dann ist der Arzt nicht mehr die erste Anlaufstelle. So heisst es auf Seite 16 des Strategiepapiers wörtlich: „Die Angehörigen nichtmedizinischer Berufsgruppen (werden) ermächtigt, Patientinnen und Patienten direkt zu empfangen.“ So ein Konzept ist ein absoluter Skandal. Konkret heisst das, dass auch die Telefonistin über das Schicksal von Menschen entscheidet, ohne dass sie eine Ahnung hat.

*Das ist doch ein völliger Rückschritt in eine Art Barfussmedizin, wie man sie für Entwicklungsländer entwickelt hat, weil es dort kaum ausgebildete Ärzte gegeben hat. Dass man nichtmedizinische Berufsgruppen einsetzen will, ist unglaublich und geht noch einen Schritt weiter.*

Ja! Ich hätte es selbst nicht für möglich gehalten. Aber wenn man sich durch Hunderte von Seiten der BAG-Texte durchgebissen hat, übrigens auch durch das Abstimmungsbüchlein, dann registriert man entsetzt, dass eine totale Umgestaltung des Gesundheitswesens geplant ist.

*Wie sieht diese Umgestaltung konkret aus?*

Mit diesem Verfassungsartikel würden die wesentlichen Elemente der Managed-Care-Vorlage, die vom Volk bereits vor zwei Jahren mit 76% wuchtig abgelehnt worden ist, diesmal durch die Hintertür eingeführt werden. Die Schweizer Bürger wollten und wollen dieses amerikanische Modell nicht, sondern stimmten für die freie Arztwahl. Darauf haben sie

auch ein Recht. Die vorgesehenen Gesundheitszentren funktionieren nur noch nach reinem Kosten-Nutzen-Denken.

*Was muss man sich unter einem Gesundheitszentrum vorstellen?*

Das sind anonyme Zentren. Man kommt jedes Mal zu einem anderen Arzt, wenn überhaupt zu einem. In Zukunft sollen Gesundheitszentren mit „interprofessionellen Teams“ funktionieren. Dort sollen beispielsweise Pflegepersonal, Ernährungsberaterinnen, Ergotherapeutinnen, Podologinnen oder sonst nicht ärztlich Ausgebildete ärztliche Aufgaben übernehmen. Damit wird der Arzt seiner Funktion enthoben.

*Wo bleibt denn das Wohl des Menschen, des Patienten?*

Ich will es Ihnen an einem Beispiel erklären: Ihr Ehemann, Bruder oder Schwager kommt mit dem Symptom Schwindel in so ein Zentrum. Er wird dem Arzt nicht vorgestellt. Hier muss ich deutlich sagen, dass jemand, der nicht Arzt ist, ganz sicher nicht in der Lage ist, so ein Problem richtig einzuschätzen. Doch bekäme er mit diesen Modellen die Erlaubnis dazu! Da passieren unweigerlich Fehler, die unsägliches Leid nach sich ziehen! Und dies wird zudem die Gesundheitskosten noch weiter in die Höhe treiben, weil wir dann auch noch die Folgen der Fehldiagnosen behandeln und auch bezahlen müssen.

*Sie sprachen von Hunderten von Seiten BAG-Papieren. Was steht denn da noch drin?*

Beim Studium der Botschaften, der Gesetzestexte und der BAG-Papiere wird eines überdeutlich: Es geht insgesamt nicht um eine menschengerechte Gesundheitsversorgung, sondern unser hochqualifiziertes Gesundheitssystem würde dadurch auf ein rein utilitaristisches Kosten-Nutzen-Modell umgestellt – und dies auf dem Rücken der Schwächsten. Zum Beispiel soll die ärztliche Betreuung der alten und chronisch kranken Menschen reduziert werden. Für diese miese Sache ist kaum ein Wort zu finden. Und deshalb gibt es für mich nichts anderes, als diese Vorlage abzulehnen und mich mit Vehemenz dafür einzusetzen, dass alle Stimmbürger informiert werden. In den BAG-Papieren werden lauter ausländische Modelle dieser Art angeführt.

*Wie muss man sich diese Modelle vorstellen?*

So unterteilt das Kanadische CanMEDS-Modell zum Beispiel das professionelle Handeln in sieben Rollen, die zu einer optimalen Gesundheitsversorgung und damit Gesundheit führen sollen: Medizinische Expertin/medizinischer Experte (zentrale Rolle), Kommunikatorin/Kommunikator, Mitarbeiterin/Mitarbeiter, Managerin/Manager, Gesundheitsförderin/Gesundheitsförderer, Gelehrte/Gelehrter und Berufsvertreterin/Berufsvertreter. Hier ist der Arzt noch nicht einmal mehr erwähnt. Stellen Sie sich vor, ein Kommunikator entscheidet darüber, ob Sie Ihre Symptome glaubhaft schildern oder ein sogenannter Simulant sind, dem man ein Beruhigungsmittelchen verabreicht.

*Das ist doch das Ende und nicht die Stärkung der Hausarztmedizin und wird doch verheerende Folgen haben?*

Ja! Stellen Sie sich vor, es handelt sich um Ihre Frau, um Ihr Kind oder um Ihren Mann, und der hat Husten und geht in so ein Zentrum. Dann beurteilt ein Nichtmediziner aus dem Team diesen Husten als banales Symptom und veranlasst keine weiteren Abklärungen. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus Skandinavien berichten. Die Schwester eines Bekannten hatte einen Husten. Sie stellte sich in so einem Gesundheitszentrum vor und bekam keinen Arzt zu sehen. Erst nach Wochen, als sie weiter Fieber und Husten gehabt hat, ist sie bis zu einem Arzt vorgelassen worden. Der diagnostizierte eine Lungenentzündung. Dann ist die Leidensgeschichte weitergegangen; trotz Einnahme verschiedener Antibiotika ging es ihr nicht besser. Sie hat nicht zu einem Spezialarzt können, weil der direkte Zugang zum

Spezialisten in diesem Modell nicht vorgesehen war. So sind sieben Monate vergangen. Dann erst hat der Spezialarzt einen bösartigen Lungentumor festgestellt, der schon weit gestreut hatte, für eine Heilung war es dann zu spät. So ist die Frau nach einer schweren Leidenszeit mit vollkommen ungenügender Schmerzbehandlung letztlich gestorben. Das hätte man bei einer richtigen Behandlung alles verhindern können.

*Dieses Beispiel ist erschütternd. Das will doch kein Mensch. Da werden die Menschen wie Ware behandelt.*

Stimmt. Diese anonymen Zentren haben genau diesen Charakter. Die Einrichtung solcher Zentren – ich muss es nochmals sagen – gehört zur Strategie des BAG und zur Strategie von Bundesrat Berset. Man lese nur die zentralen Papiere des BAG wie „Gesundheit 2020“, „Neue Versorgungsmodelle“, „Bericht der Themengruppe «Interprofessionalität»“ oder die Botschaften zu den geplanten Gesetzesbestimmungen. Das will kein Bürger! So ein Verfassungsartikel ist ein Verbrechen! Schon heute beklagen sich Patienten, die sich in grösseren Ärztezentren behandeln lassen müssen, dass sie dort jedes Mal einen anderen Arzt zu Gesicht bekommen. Die meisten Menschen wünschen sich einen Hausarzt ihres Vertrauens und haben auch das Recht darauf. Sie wollen eine persönliche Beziehung zu einem Arzt, der ihre Geschichte und ihre Familie persönlich kennt.

*Das BAG bemängelt, es habe zu wenige Hausärzte. Wie kann man denn Ihrer Meinung nach das Problem lösen?*

Es stimmt, es hat zu wenig Hausärzte. Dieser Mangel wurde allerdings in den 90er Jahren künstlich durch die Einführung des Numerus clausus geschaffen. Es gibt genug junge Menschen, die gerne Arzt werden wollen. Man muss wissen, dass durch den Numerus clausus etwa 60% der Bewerber der Zugang zum Studium verwehrt wird. Ein zweiter Grund war die Einführung des Zulassungsstopps von neuen Arztpraxen. Beides muss aufgehoben werden.

*Diese Informationen muss die Bevölkerung bekommen, damit sie weiss, worüber sie abstimmt.*

Ja, das Stimmvolk hat es grundsätzlich in der Hand. Zum Glück hat ein hochkarätiges Nein-Komitee mit vielen Ärzten und Politikern das auffallende Schweigen der Medien zu dieser Vorlage durchbrochen. Wenn die Schweizer Bürger die wirkliche Bedeutung dieses geplanten Verfassungsartikels kennen, wird die Vorlage mit Sicherheit abgelehnt.

*Frau Dr. Lippmann, vielen Dank für das Interview.*

Interview: Zeit-Fragen

© Zeit-Fragen, [redaktion@Zeit-Fragen.ch](mailto:redaktion@Zeit-Fragen.ch)